

bemühten sich jedoch bald auch darum, Teile der Bevölkerung, Arbeiter und Bauern, insbesondere die Jugend, zu gewinnen.

Keine Frage, dass die von diesen Diktaturen beherrschten Gesellschaften einem weitgehenden Wandel unterworfen waren, vor allem durch die nachgeholte Industrialisierung und Agrarreformen. Doch wurde dieser Wandel „von oben“ oktroyiert. Nirgendwo konnten sich dauerhaft Ansätze zu einer Zivilgesellschaft herausbilden.

Zwar bezeichneten sich die neuen Systeme als „Volksdemokratien“, die DDR nahm den Begriff Demokratie sogar in ihren Namen, Deutsche Demokratische Republik, auf, doch waren die Regime dadurch gekennzeichnet, dass freie politische Willensbildung unmöglich gemacht wurde; politische Gegner wurden mit Gewalt ausgeschaltet. Die Herrschaft übten die Führungen der – nach dem Kaderprinzip organisierten – kommunistischen Parteien mit Methoden aus, die am sowjetischen stalinistischen Vorbild orientiert waren, wozu auch die entsprechenden Strukturen – Geheimpolizei etc. – geschaffen wurden. Der Diktaturcharakter war nicht nur für die meisten Zeitgenossen evident, er ist auch in der zeithistorischen Forschung unstrittig.

Opposition als Teil des Systems war in den „Volksdemokratien“ ausgeschlossen. Gleichwohl wahrten größere Teile der Gesellschaft in den meisten Ländern eine Distanz zum Regime oder passten sich nur äußerlich an. Andere Teile begannen sich zu arrangieren. Aktiven Widerstand leisteten nur Minderheiten oder Einzelne, die der Verfolgung ausgesetzt waren. Erheblich unter Druck gerieten vielfach auch die Kirchen, deren gesellschaftli-

che Rolle auch aus ideologischen Gründen zurückgedrängt wurde, die gleichwohl – etwa in Polen die katholische Kirche – sich als einzige relativ selbständige Macht unter den diktatorischen, zeitweilig militant atheistischen Regimen behaupten konnten.

Die Entstehung der DDR und der SED-Diktatur ist ohne die Sowjetunion undenkbar, die auch noch nach Gründung der DDR im Jahre 1949 praktisch Besatzungsmacht blieb. Die Sowjetunion garantierte einen Staat, dem nationale und demokratische Legitimation weitgehend fehlten. Der Sicherung des ersten Arbeiter- und Bauernstaates auf deutschem Boden dienten der Aufbau der Kaderpartei, die Durchorganisation von Staat und Gesellschaft und die Intimidation der Bevölkerung durch offenen Terror. Zugleich warb das System in besonderer Weise um die Jugend, teilweise auch um Arbeiter und Bauern durch regelmäßige Masseninszenierungen und ein neues System von Auszeichnungen. Dass das Bemühen um Legitimation und Integration nur begrenzt erfolgreich war, zeigte der 17. Juni 1953, an dem es zu einem Aufstand in großen Teilen der DDR kam. Zwar versuchte das Regime in der Folgezeit aus dem Geschehen zu lernen, doch verließen bis 1961, bis zum Bau der Mauer, 3 Millionen Menschen die DDR. Allerdings waren manche Probleme in der DDR spezifischer Art, weil die DDR als Teilstaat neben der größeren und erfolgreicheren Bundesrepublik existierte.

Versuche, die DDR durch Hinweis auf den zur Staatsdoktrin erhobenen Antifaschismus als das moralisch bessere Deutschland darzustellen, waren angesichts der offenkundigen Unfreiheit der Menschen in der DDR nur begrenzt – etwa in Teilen der kommunistischen Linken, in ihren kulturellen Umfeldern und in der linksliberalen Öffentlichkeit im Westen – wirksam.

Legitimationsprobleme angesichts ökonomischer und politischer Schwierigkeiten gab es auch in den anderen Ländern. Nach dem Tode Stalins im Jahre 1953 lockerte sich zwar teilweise der Druck auf die Bevölkerungen, doch wurden die Systeme nicht demokratisiert.

1956 rechnete Chruschtschow in seiner Rede auf dem XX. Parteikongress mit Stalin, dem Stalinismus und seinem Terror ab, doch entwickelte sich die Entstalinisierung als ein widersprüchlicher, in der Ära Breschnew beendeter und partiell wieder zurückgenommener Prozess. Dennoch schien das kommunistische Lager seit den ausgehenden 50er Jahren mit den Erfolgen in der Raketentechnik und Weltraumfahrt sogar im Systemwettbewerb in Führung zu gehen. Chruschtschow prophezeite, die Leistungsfähigkeit des eigenen Systems grotesk überschätzend, dass man den Westen auch im Lebensstandard überholen würde. Dieses Ziel wurde nicht nur nicht erreicht, sondern die kommunistischen Systeme traten während der 70er Jahre sogar in eine Phase der Stagnation ein, aus der sie bis zu ihrem Ende nicht mehr wirklich herauskamen.

2. Das Aufbegehren gegen die kommunistischen Systeme 1953, 1956, 1968 und 1980/81

Die kommunistischen Systeme kannten keine legale Opposition. Der Anspruch der Parteidiktaturen war totalitär, brach sich aber ein Stück weit an der widerstrebenden Realität. Einerseits konnte er von der Partei keineswegs immer voll durchgesetzt werden, andererseits aber ließ er die Partei aus der Sicht vieler Menschen für Missstände, etwa für die unzureichende Versorgung mit Konsumgütern, verantwortlich erscheinen. Daraus resul-

tierten Aufstände und Reformbestrebungen, die von den Regimen durch Anwendung von Gewalt, vor allem während der 1950er Jahre durch brutale Gewalt, unterdrückt wurden. Aufstände und Aufbegehren in Ostmitteleuropa ließen erkennen, dass es den kommunistischen Parteien nicht gelang, elementare Probleme zu lösen und die Gesellschaften vollständig zu kontrollieren, insbesondere wenn diese in früheren Phasen der Geschichte mit Demokratie in Berührung gekommen waren.

Der erste Aufstand entwickelte sich im Juni 1953, nach Stalins Tod, in der DDR. Der Versuch eines forcierten Aufbaus des Sozialismus hatte zu zahlreichen Konflikten der Menschen mit Partei und Staat geführt und musste zurückgenommen werden. Allerdings sollte die Erhöhung der Arbeitsnormen bleiben, wogegen sich die Arbeiter erhoben, doch beträchtliche Teile der Bevölkerung sich anschlossen. Am 16./17. Juni 1953 entwickelte sich innerhalb kürzester Zeit – durch Berichte des Senders RIAS gefördert – nicht nur in Ost-Berlin, sondern in Hunderten von Orten in der DDR, namentlich in den Industriegebieten eine riesige Streik- und Protestwelle, die zu Massenversammlungen, doch auch zum Sturm auf Gefängnisse führte. Die Demonstranten forderten nicht nur die Veränderung der Arbeits- und Lebensbedingungen, sondern auch Meinungsfreiheit und freie Wahlen, nicht zuletzt die Freilassung politischer Gefangener. Sie wollten „freie Menschen“ sein und die Diktatur abschaffen, wobei häufig mehr implizit als explizit auch eine Wiedervereinigung mit der Bundesrepublik angestrebt wurde. Der Aufstand wurde am 17. Juni durch sowjetische Panzerdivisionen und die Volkspolizei blutig niedergeworfen. Ohne Eingreifen der Sowjetmacht wäre das Regime, dessen Repräsentanten sich unter dem Schutz der Sow-

jetarmee nach Karlsruh geflüchtet hatten, mit großer Wahrscheinlichkeit gestürzt worden.

Tausende wurden verhaftet, einige Todesurteile vollstreckt, die Rädelsführer zu langjährigen Haftstrafen verurteilt. Für das SED-Regime war der Aufstand ein dauerhaftes Trauma, wie noch die Frage Erich Mielkes im Spätsommer 1989 an seine Stasi-Offiziere zeigt, ob ein neuer 17. Juni bevorstehe. Das Regime bemühte sich nach dem 17. Juni 1953, den sie als Werk von Agenten und Konterrevolutionären interpretierte, nicht noch einmal den Bogen zu überspannen.

In der Tat ging es mit dem SED-System nach dem Bau der Mauer in den 1960er Jahren und in der ersten Hälfte der 1970er Jahre aus der Sicht der Bevölkerung ökonomisch spürbar bergauf. Der durchschnittliche Lebensstandard war hier bald höher als in jedem anderen kommunistischen Land. Doch verschaffte dies dem System nur teilweise verstärkte Legitimation, weil die Bundesrepublik de facto Referenzgesellschaft der DDR blieb, hinter der die DDR in vielen Bereichen, nicht zuletzt in Konsum und Lebenshaltung, zurückblieb. Auch verhielt sich das Regime trotz des partiellen Bemühens um Konsens in politisch-ideologischen Fragen im Kontext des kommunistischen Lagers ausgesprochen orthodox, was die Akzeptanz der ideologischen Grundlagen wohl eher behindert als befördert hat.

Ungleich mehr Opfer als der 17. Juni 1953 forderte der Aufstand in Ungarn im Oktober 1956. Er entwickelte sich hier – wohl auch beeinflusst durch vorhergehende Ereignisse in Polen – auf Grund breiter Unzufriedenheit, die insbesondere von Studenten artikuliert wurde. Sie forderten Demokratie

und Meinungsfreiheit, auch den Abzug der sowjetischen Truppen. Der Reformkommunist Imre Nagy wurde erneut Ministerpräsident. Mit der Aufstandsbewegung strebte er ein Mehrparteiensystem in Ungarn an. Sein Ziel war ein freies, demokratisches und unabhängiges Ungarn; er wollte einen „nationalen Weg“ des Sozialismus, was für ihn – wie für die Aufständischen – den Abzug russischer Truppen zur Voraussetzung hatte. Für den Kreml war damit die Zugehörigkeit Ungarns zum sozialistischen Lager in Frage gestellt. Auch bestand für ihn die Gefahr, dass sich ähnliche Orientierungen in anderen Ländern des Herrschaftsbereiches durchsetzen könnten. Dagegen wollte Moskau das Machtmonopol der kommunistischen Partei unbedingt sichern.

Mehrere Tausend Menschen kamen bei der Niederschlagung des Aufstandes – auch hier setzten die Sowjets Panzer ein, die Aufständischen wehrten sich mit Waffengewalt – ums Leben. Nagy und mehrere Hundert Aufständische wurden hingerichtet, Tausende in den Gulag deportiert, ca. 200.000 Ungarn flohen ins westliche Ausland. Die Verhältnisse zu „normalisieren“ wurde Aufgabe des Parteisekretärs János Kádár, der klug genug war, Versorgungsprobleme ernst zu nehmen und deshalb versuchte, einen „Gulaschkommunismus“ aufzubauen, der auf die Dauer der Bevölkerung gewisse Freiräume ließ. So galt in den letzten beiden Jahrzehnten kommunistischer Herrschaft Ungarn als die „bunteste und lustigste Baracke“ des kommunistischen Lagers. Trotz ungleich größerer Freiräume als in den anderen Ländern standen kommunistische Herrschaft und Zugehörigkeit zum östlichen Lager niemals mehr zur Disposition.

Ein dritter Fall für ein Aufbegehren, das die kommunistische Diktatur in Frage gestellt hat, war der Prager Frühling 1968. Er wich insofern von den genannten Fällen ab, als bei ihm die reformkommunistische Komponente dominierte. In der DDR 1953 war die Hauptlinie der Protestbewegung anti-kommunistisch, im weiteren Sinne sozialdemokratisch. Demgegenüber herrschte in Ungarn eine nationale Zielsetzung vor. In der Tschechoslowakei gab es während der 60er Jahre Entwicklungsunterschiede zwischen dem industrialisierten Tschechien und der stärker agrarisch geprägten Slowakei und daraus resultierende Spannungen, daneben auch ökonomische Probleme, die die Frage nach wirtschaftlichen Reformen entstehen ließ, die das Nowotný-Regime nicht wagte anzugehen. Doch begann sich gleichzeitig das intellektuelle Klima in jenen Jahren zu verändern. Vor diesem Hintergrund gewannen in der kommunistischen Partei reformorientierte Kräfte die Oberhand und wählten den slowakischen Funktionär Alexander Dubček zum neuen Generalsekretär, der einen Kurs einleitete, der Wirtschaftsreformen realisieren, Meinungsfreiheit herstellen und längerfristig sich mit seiner Politik auch freien Wahlen stellen sollte. Dubčeks Leitbild war ein „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“, der auf die Realisierung eines „Dritten Weges“ hinauslief, der Sozialismus und Demokratie in einem demokratischen Sozialismus verschmelzen wollte. Dubček und die anderen Reformer wollten keineswegs das „realsozialistische“ Lager verlassen.

Gleichwohl waren Generalsekretär Breschnew und die Kreml-Führung, doch auch die anderen kommunistischen Führer, insbesondere Gomułka in Polen und Ulbricht in der DDR, tief beunruhigt, weil sie das Machtmonopol der kommunistischen Partei, ihre Diktatur in Frage gestellt sahen. Vergeb-

lich versuchte Dubček Moskau davon zu überzeugen, dass seine Reformen den Sozialismus nicht aufgeben, sondern revitalisieren sollten.

Am 21. August 1968 marschierten 500.000 Soldaten der Warschauer-Pakt-Staaten in die Tschechoslowakei ein und machten dem Prager Frühling ein Ende. Die Meinungsfreiheit wurde wieder eingeschränkt, neuer Generalsekretär wurde Gustáv Husák, der zwar selbst ein Opfer des Stalinismus war, doch die kommunistische Diktatur wieder herstellte. Der sowjetische Parteichef Breschnew formulierte nun die – dann nach ihm benannte – Doktrin der eingeschränkten Souveränität sozialistischer Länder. Die Bruderländer hatten demnach nicht nur das Recht, sondern geradezu die Pflicht zu intervenieren, wenn irgendwo die kommunistische Ordnung gefährdet war. Und wie diese auszusehen hatte, wurde letztlich in Moskau entschieden.

Die Entwicklung in der Tschechoslowakei war durch das Bemühen um Normalisierung durch die Partei gekennzeichnet. Reformer wurden kaltgestellt, einige emigrierten ins Ausland und plädierten hier für einen Dritten Weg. Oppositionelles Bemühen wie einige Jahre später das der Charta 77-Gruppe hatte nur eine verhältnismäßig geringe Resonanz im eigenen Land. Aufs Ganze gesehen war die Entwicklung in der ČSSR während der 1970er/1980er Jahre weniger krisenhaft als in den meisten kommunistischen Ländern.

Nicht nur für die Tschechoslowakei, wo durch die Invasion 1968 das gegenüber der Sowjetunion freundliche Klima abbrach, sondern für das ganze realsozialistische Lager war die gewaltsame Beendigung des Prager Früh-

lings ein gravierendes Ereignis. Eine Reform des kommunistischen Systems war damit auf unabsehbare Zeit gescheitert. Retrospektiv wird man sagen können, hier wurde wohl die letzte Chance für eine Weiterentwicklung des kommunistischen Systems vertan.

Gewiss versuchten westliche kommunistische Parteien, vor allem die italienische Partei mit ihrem Eurokommunismus, seit den 60er Jahren eine Verbindung von sozialistischen und demokratischen Zielen zu erreichen, kamen jedoch niemals an die Macht. Der späte Reformkommunismus Gorbatschows in Moskau und der der ungarischen Partei in den ausgehenden 80er Jahren wurden angesichts der veränderten Zeitläufte dann schon zu Katalysatoren im Erosionsprozess der kommunistischen Welt.

Wieder anders gelagert als die Entwicklungen in der DDR und der ČSSR waren die Entstehung und Entwicklung der Gewerkschaft Solidarność in Polen 1980/81 und die Verhängung des Kriegsrechtes im Dezember 1981, durch die Solidarność verboten wurde, doch letztlich nicht dauerhaft ausgeschaltet werden konnte. Die beträchtlichen wirtschaftlichen Probleme Polens hatte Edward Gierek, obgleich er als eher pragmatisch orientierter Kommunist galt, durch seine eine ökonomische Modernisierung anstrebende Politik während der 70er Jahre keineswegs überwinden können. Versuche, angesichts beträchtlicher Finanzprobleme Preiserhöhungen durchzusetzen, scheiterten. Realiter wurden die großen Finanzprobleme durch westliche Kredite gestopft, die eigentlich die Strukturen modernisieren sollten.

Von erheblicher Bedeutung für die polnische Entwicklung war, dass 1978 der polnische Kardinal Karol Wojtyła zum Papst gewählt wurde und als Papst mehrmals sein Heimatland besuchte. Dies stärkte das Selbstbewusstsein der katholischen Kirche gegenüber dem Kommunismus. Es begannen sich danach unabhängige Gewerkschaften zu bilden, die kommunistischen Ordnungsprinzipien widersprachen, nach denen die Gewerkschaften als „Transmissionsriemen“ von Partei und Gesellschaft funktionieren sollten. Die Bewegung proklamierte Arbeiterrechte. Zur Massenbewegung wurde Solidarność 1980 durch den neuerlichen Versuch der Regierung, Preiserhöhungen für Fleisch durchzusetzen.

Im November 1980 wurde die Gewerkschaft Solidarność schließlich von den Behörden anerkannt. Sie war zwar ein Fremdkörper im realsozialistischen System, hütete sich aber, das sozialistische System und die führende Rolle der Partei anzugreifen. Sie attackierte nicht die kommunistische Diktatur, unterlief sie aber durchaus wirkungsvoll.

So wurde die Entwicklung in der sowjetischen Führung und in den Führungen der Länder des sozialistischen Lagers mit Sorge betrachtet. Zeitweilig schien eine Invasion der Warschauer-Pakt-Staaten unmittelbar bevorzustehen, wovor der Westen, insbesondere die Bundesrepublik (die um die Entspannung und ihre Errungenschaften fürchtete), die kommunistischen Führungen nachdrücklich warnte. Schließlich verhängte der inzwischen an die Spitze gelangte General Jaruzelski im Dezember 1981 das Kriegsrecht, was auf eine innerpolnische „Lösung“ der Krise hinauslief, die vielen im Westen und wohl auch im Osten als das kleinere Übel erschien. Dauerhaft aber ließ sich die Solidarność samt ihrer intellektuellen Umfeldler nicht aus-

schalten. Sie spielte seit 1988 eine wesentliche Rolle bei der evolutionären Überwindung des kommunistischen Systems in Polen.

Die vier Fälle, zu denen noch weitere Konflikte zu zählen wären, zeigen, dass die kommunistischen Diktaturen in Ostmitteleuropa angesichts ökonomischer und politischer Krisen um ihre Anerkennung kämpfen mussten, obgleich naturgemäß die normative Kraft des Faktischen so wirkte, dass sich die Mehrheit der Bürger mit den Regimen die meiste Zeit über irgendwie arrangierten. Auch im Westen wurde angenommen, dass die Sowjetunion ihre Ordnung in Osteuropa notfalls mit Waffengewalt durchsetzen würde, weshalb westliche Strategien meist auf einen Wandel der Systeme setzten.

3. Reformkommunismus, Dissidenz und Opposition

Seit den 70er Jahren gerieten die Sowjetunion und die anderen realsozialistischen Länder in eine Periode ökonomisch-gesellschaftlicher Stagnation, in der der Abstand zum Westen – außer auf militärischem Gebiet – ständig zunahm. Verbunden damit war ein schleichender Prozess der Erosion der marxistisch-leninistischen Ideologie und ihres Geltungsanspruchs. Auch das utopische Element, das für bisherige Generationen eine Rolle gespielt hatte, verblasste; es zu beschwören wirkte inzwischen als bloße Vertröstung. Und nach der deutschen Ostpolitik Willy Brandts und dem darauf aufbauenden KSZE-Prozess schwächten sich selbst die Feindbilder mit ihrer legitimatorischen integrativen Funktion für das kommunistische Lager ab.

Der Prozess gesellschaftlicher Stagnation und ideologischen Niedergangs verlief in den verschiedenen kommunistischen Ländern, die manche politisch-kulturelle Spezifika aufwiesen, in unterschiedlichem Tempo. Erkennbar ist, dass die Diktaturen begannen, nach neuen Legitimationsquellen zu suchen. Sie fanden sie teilweise im Nationalismus. Dies gilt etwa für Rumänien, Bulgarien, Jugoslawien (insbesondere Serbien, wo der Nationalismus seine Sprengkraft bewies), in gewisser Weise auch für Polen (in verschiedenen Phasen in unterschiedlichem Maße). Selbst die DDR ging ein Stück weit in diese Richtung, als sie begann, sich als „Erbe“ der ganzen deutschen Geschichte zu begreifen – ein für das SED-System riskanter Versuch, weil er die Teilstaatlichkeit der DDR und das Fehlen einer wirklichen nationalen Legitimationsgrundlage offenkundig machte.

Substantielle Reformen waren im kommunistischen Lager auch während der ersten Hälfte der 1980er Jahre eher die Ausnahme. Konservative kommunistische Regime mit überalterten Führungen herrschten in der DDR, in der Tschechoslowakei, in Bulgarien und in Rumänien, wo der Personenkult um Ceaușescu besonders groteske Formen annahm. Reformen tangierten zwangsläufig das Machtmonopol der kommunistischen Partei und ihrer Führungen. Nach dem gewaltsamen Ende des Prager Frühlings 1968 gab es für Reformen – abgesehen von eurokommunistischen Tendenzen bei einigen westlichen kommunistischen Parteien – keine Neigung. Und wo sie von Einzelnen gefordert wurden, liefen diese Gefahr, von Führung und Apparat kriminalisiert zu werden. Auch die Ausrufung des Kriegsrechtes in Polen 1981 wirkte nicht gerade stimulierend für eine Reformpolitik, obgleich die Verhältnisse in den einzelnen Ländern unterschiedlich waren und in den meisten Ländern – auch in der DDR – das in der Nachkriegszeit vorherr-

schende Klima der Einschüchterung und Angst sich abgeschwächt hatte; die Methoden der Repression waren meist subtiler geworden. Manche Beobachter im Westen verführte dies in den 80er Jahren zu der Fehlannahme, die östlichen Systeme seien als „konsultativer Autoritarismus“ zu beschreiben.

Auf dem Hintergrund unübersehbarer Stagnation der kommunistischen Systeme ist es sehr bemerkenswert, dass in der Sowjetunion nach den nur kurz regierenden Andropow und Tschernenko 1985 mit Michail Gorbatschow ein Reformkommunist zur maßgeblichen Führungsfigur der Sowjetunion wurde, dessen Ziel die Stabilisierung und Erneuerung des sowjetkommunistischen Systems war. Gorbatschow betrieb nicht nur sogleich einen Austausch der Kader, sondern ließ öffentliche Kritik an den vielfältigen Missständen in Staat, Partei und Gesellschaft zu. Er propagierte eine neue Offenheit, „Glasnost“, die Entscheidungsprozesse transparent machen sollte, was eine völlige Veränderung bisheriger politischer Gewohnheiten war. Gorbatschow postulierte nun „Demokratie“. Auf dem ZK-Plenum 1987 sagte er, dass das Land Demokratie brauche „wie die Luft zum Atmen“ (Alt-richter 1993, S. 176).

Diverse Fehlentwicklungen und Probleme – wie Disziplinlosigkeit und Alkoholismus als Massenphänomene – wurden nun bekämpft. Zugleich sah eine wachsende kritische Öffentlichkeit die Vergangenheit in neuem Licht: „Weiße Flecken“ wurden gefüllt und die Politik der KPdSU, insbesondere Stalin, der Gulag und das Repressionssystem offen kritisiert, mit der Folge, dass die bisher vorherrschende Staats- und Parteiideologie ihre Geltung

einbüßte. Generell lässt sich von einer Politisierung vor allem in den Metropolen des riesigen Reiches sprechen.

Gorbatschow veränderte auch die Außenpolitik, insbesondere die Afghanistan-Politik und die Sicherheitspolitik. Er beendete die Besetzung Afghanistans. In besonderer Weise war er – aus ökonomischen wie politischen Gründen – am Abbau der Ost-West-Konfrontation interessiert, so dass es schon 1987 zu dem beiderseitigen Abbau der Mittelstreckenraketen kam, die der NATO-Doppelbeschluss angezielt hatte, was Helmut Schmidt, einem der Urheber des Beschlusses, einen späten Triumph bescherte.

Als schwierig erwies sich der Versuch einer Wirtschaftsreform, die den Betrieben eine größere Eigenverantwortung übertrug und Rentabilitätsge-sichtspunkte einführte, ohne dass allerdings die Rahmenbedingungen klar waren. Diese und andere Reformen verschärfen – in der damaligen spezifischen Konstellation – die Krisenphänomene, führten zu konservativen Reflexen und Chaos und hatten schließlich wesentlichen Anteil am Zerfall der Sowjetunion.

In unserem Kontext von besonderem Interesse sind die Reformen des politischen Systems, die tatsächlich die bisherigen Strukturen der Diktatur der Partei schrittweise in Frage stellten und überwandten. Dabei wurde aus der Systemreform der Systemwechsel. Wesentliche Stationen waren die Einberufung des freigewählten Volksdeputiertenkongresses und – teilweise gegen den Willen Gorbatschows – die Bildung von neuen Parteien. Tatsächlich fiel schließlich das Machtmonopol der KPdSU und ihr im Artikel 6 der Verfassung garantierter Führungsanspruch. Im März 1990 wurde der Artikel

neu gefasst und dabei die Passage gestrichen, dass die KPdSU „die führende und lenkende Kraft“ der sowjetischen Gesellschaft sei. Die Sowjetunion geriet damit auf den Weg zu einem Mehrparteiensystem (Altrichter 2009, S.392f.).

Auf diese Weise wurde die bisherige Struktur aufgelöst, ohne dass damit – angesichts des Fehlens einer Gesellschaft mit demokratischen Traditionen und verbindender ziviler Kultur – bereits eine pluralistische rechtsstaatliche Demokratie entstand. Zu einem wirklichen Problem wurde die Verselbständigung der – bislang durch die Zentralgewalt zusammengehaltenen Regionen und die „Explosion der Ethnien“, die eine wesentliche Rolle bei der Auflösung der Sowjetunion spielten. Beschleunigt wurde dieser Prozess durch den Putschversuch des „Notstandskomitees“ des Vizepräsidenten Janajew, des Ministerpräsidenten Pawlow und anderer Persönlichkeiten im August 1991. Ende Dezember 1991 ging angesichts einer Vielzahl von nicht mehr steuerbaren Problemen die Geschichte der Sowjetunion definitiv zu Ende. An seine Stelle trat die „Gemeinschaft Unabhängiger Staaten“. Die Einzelstaaten entwickelten sich in der Folgezeit sehr unterschiedlich.

In der Sowjetunion führte damit der Reformkommunismus nicht zu einer Revitalisierung des kommunistischen Systems, sondern – von seinen Verfechtern so nicht gewollt – zu demokratischen Reformen und zum Untergang der Sowjetunion. Keine Frage aber, dass der Reformkommunismus Gorbatschows die Umwälzung 1989/90 in Ost- und Südosteuropa ermöglichte. Schon bald nach seinem Amtsantritt hatte Gorbatschow die Brezhnev-Doktrin abgeschwächt und bald aufgegeben. Inwieweit er dabei für

die ganze Führung der Sowjetunion sprach, war jedoch zunächst unklar geblieben.

Reformkommunisten spielten Ende der 1980er Jahre auch in anderen Ländern, vor allem in Ungarn, eine wichtige Rolle. Hier setzten sich in der Partei und Regierung – unter Rekurs auf die Erinnerung von 1956 – reformkommunistische Kräfte durch, die nach Kádárs Rücktritt das Streben nach Reformen aus der Gesellschaft aufgriffen und schon im Januar/Februar 1988 auf die konstitutionelle Garantie ihres Machtmonopols verzichteten. Sie setzten schließlich sehr gezielt – nach Gesprächen in Bonn über Wirtschaftshilfe – den Prozess des Niederreißens des Eisernen Vorhangs in Gang, der keine Rücksicht mehr auf Ost-Berlin nahm. Manches spricht dafür, dass hier das kommunistische System bewusst aufgegeben wurde.

In den anderen osteuropäischen Ländern spielten Reformkommunisten – abgesehen von Polen, wo reformorientierte Teile der alten politischen Elite in der zweiten Hälfte der 80er Jahre wachsenden Einfluss erhielten – keine große Rolle. In Polen hatte sich Solidarność nicht wirklich ausschalten lassen; Solidarność existierte im Untergrund – zumal nach Aufhebung des Kriegsrechtes – weiter und entwickelte eine eigene Öffentlichkeit. Als es im Juli 1988 erneut zu Streiks kam, fanden reformorientierte Repräsentanten der Regierung und gemäßigte Kräfte der Oppositionsbewegung Solidarność den Weg zu einem „runden Tisch“, der einen offenen Meinungsaustausch ermöglichte und zu freien Wahlen führte, die dann die Opposition gewann. Der Prozess einer evolutionären Überwindung des kommunistischen Regimes begann.

Nicht nur die Lage der kommunistischen Systeme, sondern auch die der Dissidenten und Oppositionellen war in den verschiedenen Ländern während der 1980er Jahre unterschiedlich. Ganz überwiegend nahmen die Handlungsräume für die demokratische Opposition, die die kommunistischen Systeme bis dahin völlig zu unterbinden suchten, erheblich zu. Das Schwächerwerden der kommunistischen Diktaturen, sowohl Reformansätze als auch deren Vermeidung wirkten in die gleiche Richtung, und die verstärkte Herausbildung oppositionellen Verhaltens waren eng miteinander verwoben. Die Möglichkeiten der Opposition hingen allerdings auch mit der Rolle noch vorhandener unabhängiger Einrichtungen wie der Kirchen zusammen. Die Bedeutung der katholischen Kirche wurde für Polen schon angesprochen. Bezogen auf die DDR wurde die Evangelische Kirche in den 1980er Jahren das Dach, unter dem oppositionelle Gruppen sich entwickeln konnten, die ihrerseits schrittweise begannen, eine Gegenöffentlichkeit aufzubauen, in der über Frieden, Bürgerrechte und Umweltschutz und ihre Realisierung diskutiert wurde. Der Westen nahm diese Entwicklung nur wenig zur Kenntnis.

Inwieweit die oppositionellen Gruppen den Prozess der Überwindung der kommunistischen Systeme vorangetrieben haben, ist strittig (Polack/Wielgohs 2010). Vielfach waren sie – etwa die Unterzeichner der Charta 77 in der Tschechoslowakei – eine von der großen Mehrheit der Bevölkerung recht isolierte Gruppe. Doch spielten die Gruppen eine nicht unwesentliche Rolle sowohl im Prozess der De-legitimation kommunistischer Herrschaft als auch bei der Weitergabe demokratischer Ideen und in der Einübung demokratischer Praxis im revolutionären Prozess 1989, auf den später noch einzugehen ist.

Sich verschärfende Problemlagen der kommunistischen Systeme auf der einen Seite, das Wirken von Reformkommunisten und die Herausbildung und Aktivitäten oppositioneller Gruppen und Bewegungen, waren zweifellos wesentliche sich gegenseitig verstärkende Faktoren des Gesamtprozesses, der zum Ende kommunistischer Diktaturen in Europa führte.

VIII) Demokratieentwicklung als politisch-gesellschaftlicher Prozess

Wer sich klar macht, dass sich während des Zweiten Weltkrieges die Demokratie wesentlich nur noch in Großbritannien und den USA sowie in einigen wenigen neutralen Staaten wie Schweden und der Schweiz sowie in den nordischen Ländern behauptete, für den ist die Nachkriegszeit mit einer zweiten Welle von erfolgreichen Demokratiegründungen ein erklärungsbedürftiger Prozess. In ihm spielen einige Faktoren eine besondere Rolle:

1. Die USA zogen sich anders als nach dem Ersten Weltkrieg nicht wieder aus Europa zurück, sondern engagierten sich hier nachhaltig auf vielfältige Weise ökonomisch, politisch, militärisch und kulturell.
2. Die europäischen Nationalstaaten begannen zusammenzuarbeiten; ein europäischer Einigungsprozess setzte ein, der zur Bildung europäischer Gemeinschaften und schließlich zur EG bzw. EU führte.
3. Die ökonomische und soziale Verantwortlichkeit des Staates wurde nun prinzipiell anerkannt, etwa im schwedischen Modell oder in der deutschen sozialen Marktwirtschaft.
4. Seit den frühen 1950er Jahren entwickelte sich ökonomisch in Westeuropa eine lange konjunkturelle Welle mit hohen Wachs-

tumszahlen bis in die 1970er Jahre hinein. Diese erleichterte den Aufbau wohlfahrtsstaatlicher Einrichtungen, der insbesondere von Sozialdemokraten und Christdemokraten vorangetrieben wurde.

5. Bei aller fortdauernden Unterschiedlichkeit der nationalen Kulturen wuchsen europäische Kommunikation und politisch-kulturelle Gemeinsamkeit, die häufig mit dem Begriff „Westernisierung“ (Doering-Manteuffel 1999) beschrieben worden sind.

1. Die Stabilisierung der Demokratien in Westeuropa

Überall in Europa brachen am Ende des Zweiten Weltkrieges die faschistischen Diktaturen und Kollaborationsregime zusammen. Nur auf der iberischen Halbinsel hielten sich die Diktaturen Francos und Salazars, die sich aus dem Zweiten Weltkrieg hatten heraushalten können. Bemerkenswerterweise gab es allerorten bald nur noch wenige erklärte Verteidiger der faschistischen Regime. Viele Anhänger, nicht nur Mitläufer, distanzieren sich jetzt von Faschismus und Nationalsozialismus, die im Kriege wohl den Höhepunkt massenhafter Zustimmung erreicht hatten, die mit der Niederlage unterging. Dies heißt indes nicht, dass damit die Demokratie als neue Ordnung sogleich unstrittig war. Es herrschte teilweise ein Vakuum.

Keine Anhänger der westlichen Demokratie waren die Kommunisten, die sich anfangs zwar teilweise äußerlich anpassten, doch glaubten, dass nun ihre Zeit komme. Der Kapitalismus war durch die Weltwirtschaftskrise tatsächlich bei einem beachtlichen Teil der Bevölkerungen diskreditiert. Sozialistische Vorstellungen wurden von zahlreichen Parteien, neben den Sozialdemokraten teilweise auch von den christlichen Parteien, vertreten. Den-

noch begannen die Anhänger der Demokratie an Boden zu gewinnen – durch den Marshallplan und nicht zuletzt durch die Gegnerschaft zu den Kommunisten, deren Politik in der Sowjetunion und in Osteuropa nicht nur auf bürgerliche Wähler, sondern auch auf viele Arbeiter abschreckend wirkte, die eindeutig für die Sozialdemokratie und die anderen Parteien bei Wahlen votierten.

Sicherlich war die Krise der Demokratie der 1920er und 1930er Jahre nicht plötzlich zu Ende, sondern wurde in einem Prozess überwunden, in dem sich zunehmend die Anschauung durchsetzte, Demokratie sei als Herrschaft auf Zeit und als Garant der Menschen- und Bürgerrechte, vor allem der Menschenwürde und des Rechtes auf Leben, zu definieren, Grundsätze, die von den Diktaturen mit verheerenden Folgen für Millionen verletzt worden waren. Hinzu kam, dass Sozialstaatlichkeit zu einem selbstverständlichen Bestandteil von Demokratie wurde und in dieser Hinsicht die liberale Demokratie überwunden wurde. Überzeugende Gegenkonzepte zur Demokratie waren für die meisten Menschen bald kaum noch erkennbar; der Demokratiebegriff aber war gegenüber der Zwischenkriegszeit ein Stück weit realistischer geworden (Paul Nolte 2012, S. 284f.).

In einer ganzen Reihe von Ländern wurde die Demokratie wieder eingeführt, so in Frankreich, Belgien, den Niederlanden, Luxemburg, Norwegen, Dänemark und anfangs auch in der Tschechoslowakei. In all diesen Ländern gab es für die Rückkehr zur Demokratie einen Konsens in der Bevölkerung, waren diese Länder doch von den Deutschen besetzt worden; gegen die deutsche Besatzung hatten Widerstandsbewegungen gekämpft. Teilweise kehrten die alten Eliten zurück. Die Abrechnung mit den Kollaborationsre-

gimen erfolgte sehr rasch, doch keineswegs durchweg in rechtsstaatlichen Bahnen.

Anders als in diesen Ländern war die Situation in Italien, Österreich und Westdeutschland. In diesen Ländern war der Faschismus durch breite Teile der Gesellschaft mitgetragen worden. Hier war das Erbe des Faschismus zu bewältigen (die Gesellschaft zu „entnazifizieren“ u.a.) und die Demokratie neu zu bauen, obgleich es auch in diesen Ländern durchaus demokratisch-parlamentarische Traditionen gab, an die sich anknüpfen ließ.

Die Gründung der Bundesrepublik Deutschland war nicht einfach ein Import der Demokratie nach Westdeutschland durch die westlichen Alliierten, sondern ein selbstständiger Prozess der Verfassungsgebung, bei dem die von den Westalliierten überreichten Frankfurter Dokumente lediglich den Rahmen bildeten. Zuvor waren auf der Länderebene, nur teilweise beeinflusst von der jeweiligen Besatzungsmacht, demokratische Länderverfassungen erarbeitet worden. Das Grundgesetz wurde von Parlamentariern aus den Ländern im Parlamentarischen Rat ausgearbeitet. Dabei spielte eine erhebliche Rolle, dass die „Väter und Mütter“ des Grundgesetzes aus den Fehlern der Weimarer Republik und ihrer Verfassung lernen wollten, etwa indem sie die Doppelspitze mit dem Reichspräsidenten, der vom Volke gewählt wurde, und dem von einer parlamentarischen Mehrheit abhängigen Reichskanzler zu Gunsten einer parlamentarischen Demokratie mit einem starken Bundeskanzler auflösten, der nur durch ein konstruktives Misstrauensvotum gestürzt werden konnte. Und wenn die neue Ordnung stärker föderalistische Züge trug als die Weimarer Reichsverfassung, so entsprach das zwar dem Willen der Westalliierten, stand aber eben auch in Überein-

stimmung mit einer starken deutschen Tradition. Im Übrigen schöpfte die deutsche Diskussion über das Grundgesetz aus der Anschauung der ganzen europäischen Verfassungsgeschichte. Der Gegensatz zwischen Deutschland und dem Westen begann sich abzuschwächen und dann aufzulösen.

Im deutschen Parteiensystem waren Kontinuitäten und Neuansätze gleichermaßen erkennbar: Kontinuität verkörperte die Sozialdemokratie, auf ihre Weise auch die KPD, die freilich nach wenigen Jahren in die Isolierung geriet; die FDP versuchte die beiden liberalen Strömungen – Nationalliberalismus und Fortschrittspartei – zusammenzufassen. Die CDU war eine Neugründung auf bi-konfessioneller Basis, die die Zentrumstradition, doch auch protestantische, teilweise deutschnationale Elemente miteinander verband. Sie wurde in den 50er Jahren zur bürgerlichen Sammlungspartei, die einen Teil der Parteien, die nach Lockerungen alliierter Lizenzierung entstanden waren, in sich aufzog. Die Sozialdemokratie war an diesem Konzentrationsprozess nicht in vergleichbarer Weise beteiligt, konnte aber Teile des Linkspostentismus (die GVP) und frühere Anhänger der KPD an sich binden. Wenn Ende der 1950er Jahre nur noch zwei große Volksparteien (CDU/CSU und SPD) sowie die deutlich kleinere FDP übrig blieben, so war dieser Konzentrationsprozess Ausdruck einer Nivellierung traditioneller Milieus mit der Konsequenz wachsender Stabilität des politischen Systems.

Wesentlich zur Stabilisierung trug die wirtschaftliche Entwicklung bei, die zu wachsendem Wohlstand breiter Schichten führte. Die Entwicklung war nicht auf die Bundesrepublik Deutschland beschränkt, hier aber besonders ausgeprägt, so dass man hier – auch auf dem Hintergrund der Not der Nachkriegsjahre – vom „Wirtschaftswunder“ sprach. Obgleich bald wieder

große Vermögens- und Einkommensunterschiede erkennbar waren, fand der Begriff der „nivellierten Mittelstandsgesellschaft“ durchaus Zustimmung. Und Ludwig Erhards soziale Marktwirtschaft war so erfolgreich, dass auch die Sozialdemokraten zu überzeugten Marktwirtschaftlern wurden, die jedoch offener als die Union für moderne Planungsinstrumentarien waren. Dies alles bildete den Hintergrund für die wachsende Zustimmung zu Demokratie und sozialem Rechtsstaat in Deutschland.

Allerdings war die Entwicklung nicht konfliktfrei, wie etwa die Spiegel-Affäre oder die Auseinandersetzung um die Notstandsgesetzgebung (Anfang und Ende der 60er Jahre) zeigten, die von Teilen der Öffentlichkeit als Ausdruck der Gefährdung der Demokratie interpretiert wurden. Generell aber darf man den politisch-kulturellen Westernisierungsprozess in Deutschland nicht unterschätzen. Was die Alltagskultur angeht, so spielte der amerikanische Einfluss bald eine fast dominante Rolle. Auf der Ebene der Kultur im engeren Sinne ist der Einfluss der amerikanischen, auch französischen und britischen Kulturzentren zu nennen. Bedeutsam waren auch die Austauschprogramme und USA-Stipendien. In vielen Bereichen galt der Westen, vor allem die USA, nun als Vorbild. Die Gegenüberstellung von Deutschland und dem Westen wurde zu einem historischen Thema, während für die Gegenwart mehr und mehr die Gemeinsamkeiten betont wurden.

Die Demokratiegeschichten in den westeuropäischen Ländern verliefen in den Nachkriegsgesellschaften noch recht unterschiedlich; Parteiensysteme und politische Kulturen wiesen nach wie vor erhebliche Unterschiede auf. Während sich die Bundesrepublik in der Ära Adenauer, in der sich die Kanz-

lerdemokratie herausbildete, durch ein hohes Maß an Stabilität auszeichnete, waren Regierungen in Frankreich oder Italien angesichts ihrer Vielparteiensysteme vergleichsweise instabil. Doch trug überall die wachsende Prosperität erheblich zur Stabilisierung der Demokratien bei.

Auch das kommunistische System galt bald nicht mehr als Alternative, zumal dessen Politik nicht wirklich erfolgreich war und durch Zwangsmittel gekennzeichnet schien. Zwar gab es vor allem in Frankreich und Italien stärkere kommunistische Parteien, doch büßten diese während der 1950er Jahre teilweise ihren aus dem Widerstand resultierenden Einfluss ein. In einer Reihe von Ländern, abgesehen von den USA in der Ära McCarthy, nicht zuletzt in der Bundesrepublik Deutschland, wurde zeitweilig ein militanter Antikommunismus vorherrschend, der Gefahr lief, im Namen der Freiheit die Freiheit im eigenen Land zu begrenzen, eine Gefahr, die sich jedoch zunehmend abschwächte und ihrerseits Gegenbewegungen hervorrief. Entscheidend war nicht dieser Antikommunismus, sondern die mangelnde Attraktivität der kommunistischen Politik.

Neue Demokratien bildeten sich in der Nachkriegszeit im Übrigen auch außerhalb Europas – unter jeweils spezifischen Voraussetzungen – in Japan, Indien und Israel, die man ebenfalls nicht einfach als Importe von außen bezeichnen kann. Auch hier gab es Wurzeln in den politisch-kulturellen Traditionen, und doch waren das Entstehen und die Stabilität der Demokratien nicht von vornherein sicher. Die Entwicklungen zeigten jedoch, dass Demokratien auch in Asien möglich waren und damit Demokratie zunehmend eine universale Bedeutung erhielt.

Der mit dem Ende des Krieges verstärkt einsetzende Prozess der Dekolonisierung stellte freilich die Demokratien im Westen, in Frankreich, Großbritannien, Belgien und den Niederlanden vor einige Probleme, zumal der Übergang in die Unabhängigkeit keineswegs überall friedlich verlief und dementsprechend es auch nur bedingt gelang, demokratische Strukturen in den nun unabhängig werdenden Staaten dauerhaft zu etablieren.

Frankreich, das schon im Indochinakrieg (1946-54) eine schwere Niederlage erlitt, geriet durch den Algerienkrieg (1954-62), in dem die Befreiungsbewegung für die Unabhängigkeit kämpfte, während die französische Politik Algerien als Teil Frankreichs betrachtete, in eine Krise, die seit 1958 durch die Umgründung der IV. zur V. französischen Republik unter gaullistischen Vorzeichen und durch eine veränderte Politik in der Algerienfrage überwunden wurde. Durch Schaffung des Amtes eines starken Präsidenten, der insbesondere die Außenpolitik dominiert, wurde das parlamentarische System ein Stück weit zurückgedrängt. Doch war dies ein Einzelfall in den westlichen Demokratien, der nicht die Rückkehr der Krise der Demokratie signalisierte.

Zu den Problemen des Dekolonisationsprozesses in den westlichen Demokratien gehörte die Integration von Bürgern aus den früheren Kolonien. Mit diesem Problem hatten die mitteleuropäischen Länder wegen des Verlustes der Kolonien nach dem Ersten Weltkrieg nichts zu tun. Dafür aber hatte – namentlich die Bundesrepublik Deutschland (wie übrigens auch die DDR) Millionen von Flüchtlingen und Heimatvertriebenen aus den früheren deutschen Ostgebieten und aus Ost- und Südosteuropa aufzunehmen und dann

auch zu integrieren – zweifellos eine der großen Leistungen der deutschen Gesellschaft(en) der Nachkriegsepoche.

Wesentlich zur Festigung der Demokratie in der Nachkriegszeit trug – neben der wirtschaftlichen Entwicklung mit ihren hohen Wachstumsraten und der daraus bald erwachsender Prosperität breiter Bevölkerungsschichten – der Ausbau des Sozialstaates bei. Dabei gingen Großbritannien und Schweden voran; doch auch die Bundesrepublik Deutschland und andere westliche Länder bauten den Sozialstaat aus. Diese Politik entsprach einem starken Trend der westlichen Demokratien, die um eine Milderung, wenn nicht um eine Überwindung der traditionellen Klassengegensätze bemüht waren. Sie wurde in den ersten beiden Nachkriegsjahrzehnten zusätzlich stimuliert durch die Existenz des kommunistischen Lagers – es galt zu verhindern, dass der Kommunismus angesichts von sozialen Problemen als Perspektive erschien. In gewisser Weise war die Akzeptanz des Sozialstaats das Opfer, das die Wirtschaft für den Neuaufbau des Kapitalismus im Westen glauben bringen zu müssen.

Eine wichtige Voraussetzung der wirtschaftlichen Entwicklung war die mit den Römischen Verträgen (1957) auf eine neue Grundlage gestellte europäische Zusammenarbeit, die die nationalen Volkswirtschaften verstärkt zu verflechten begann.

2. Gesellschaftliche Veränderungen und Wandel der Demokratie

Komplexe gesellschaftliche Prozesse – bedingt durch ökonomisch-technologische Fortschritte, voranschreitende Industrialisierung, Herausbil-

dung eines Dienstleistungsbereichs, Veränderung der Lebensstile, wachsendes Bildungsniveau und anderes – haben zweifellos die Demokratien in der Nachkriegsepoche auf die Dauer verändert. Demokratie erschien seit den 60er Jahren nicht nur als ein Institutionengefüge, das die politische Willensbildung an Regeln band, sondern darüber hinaus als gesellschaftliches Prinzip und als Lebensform. In der Diskussion, die einen Trend zur linken Seite des politischen Spektrums erkennen ließ, tauchten verstärkt Begriffe wie „Modernisierung“, „Planung“ und „Demokratisierung“ auf.

Politik sollte nach verbreiteter Einschätzung Gesellschaft modernisieren. Man ging von der Gestaltbarkeit der Gesellschaft durch Politik aus, was die Weiterentwicklung des Planungsinstrumentariums und die Beratung von Politik durch Wissenschaft einschloss. Verbunden damit war auch eine Erweiterung der Politikfelder.

Immer mehr Menschen begannen sich zugleich mit Politik zu beschäftigen. Sie waren von Politik betroffen und engagierten sich für Politik, was nicht zuletzt für junge Menschen galt. Insofern kann man von einem Prozess zunehmender Fundamentalpolitisierung sprechen. Politik erhielt durch diesen Prozess einen neuen Platz im Leben vieler Menschen. Dies veränderte die demokratische Praxis. Die Pluralität von Positionen und die Bereitschaft zu konfliktorischem Verhalten nahmen zu.

Allerdings war die Fundamentalpolitisierung konkret recht unterschiedlich orientiert. Vielerorts in Westeuropa zeigte sich seit den 1960er Jahren das Streben nach Reformen, das viele gesellschaftliche Bereiche, nicht zuletzt

den Bildungssektor, betraf. Dabei ging es vorrangig um Ausweitung von Partizipation.

Zwar entwickelten sich in verschiedenen Ländern zeitweilig rechtsextreme oder rechtspopulistische Parteien wie in Westdeutschland die NPD, doch insgesamt tendierte das Zeitklima in der zweiten Hälfte der 60er Jahre eher nach links. Eine besondere politische Rolle spielte 1968 in einer ganzen Reihe von europäischen Ländern die Studentenbewegung, die ein internationales Phänomen war. Stimuliert durch den Protest gegen den Vietnamkrieg, zielte ihr Bemühen vielfach auf die Erweiterung der politischen Beteiligung, was teilweise als Neufundierung von vorhandenen Institutionen gedacht war, teilweise diese aber auch – jedenfalls intellektuell – in Frage stellte. Aus dieser Bewegung entstand die Neue Linke, die sich von der Arbeiterbewegung in Trägerschaft und Zielen unterschied und anfangs in die demokratischen Systeme nicht integriert war (Gilcher-Holthey 2001).

Die Fundamentalpolitisierung war nicht auf die Studentenbewegung, die längere Ausbildungszeiten, verfügbare Zeit u. a. zur Voraussetzung hatte, beschränkt. Das Streben nach Partizipation erfasste viele Menschen und stärkte das Engagement für Parteien, Gewerkschaften, auch vielfältige gesellschaftliche Bereiche. In vielen Ländern begann sich eine stärker partizipative Demokratie herauszubilden, bei der sich die Teilnahme der Bürger nicht auf die Wahlen beschränkte.

Mancherorts kam es zu einem bewussten Ausbau der Demokratie. So in der Bundesrepublik Deutschland, wo 1969 erstmals ein Kanzlerwechsel nach Wahlen stattfand und erstmals nach dem Zweiten Weltkrieg die Sozialde-

mokraten die führende Regierungspartei wurden. Willy Brandt kündigte in seiner Regierungserklärung vom 28. Oktober 1969 an, „mehr Demokratie wagen“ zu wollen. Das hieß nicht nur, dass er den politischen Prozess transparenter und beteiligungsoffen gestalten wollte, sondern auch, dass Brandt Gesellschaft und Staat einer „Demokratisierung“ unterwerfen wollte. Sein breites Reformprogramm reichte vom Ausbau der betrieblichen Mitbestimmung und der Unternehmensmitbestimmung über die Hochschul- und Bildungsreformen (die eine Bildungsexpansion ebenso vorsah wie die Ausweitung der Beteiligungsrechte in den Schulen und Hochschulen sowie veränderte Bildungsinhalte), eine den Staatsanteil am Bruttosozialprodukt erhöhende Steuerreform, verbreiterte Eigentumsbildung bis hin zu Justizreformen, die auf den mündigen verantwortungsbewussten Bürger und den Resozialisierungsgedanken setzten, und zu einer Bundeswehrreform, die die Distanz zwischen Streitkräften und Zivilgesellschaft verringern sollte. Nimmt man noch die Neue Ostpolitik und ihre Konsequenzen hinzu, so kann man von einer „Umgründung der Bundesrepublik“ (Görtemaker) oder von ihrer „zweiten formativen Phase“ (Faulenbach) sprechen. Es gelang Brandt und seiner Koalitionsregierung, Bestrebungen der Fundamentalpolitisierung aufzugreifen, sie zu kanalisieren und auf diese Weise für die Demokratie fruchtbar zu machen.

Steigende Mitgliederzahlen der Parteien und hohe Wahlbeteiligungen waren charakteristisch für die Bundesrepublik Deutschland in den 1970er und auch noch in den 1980er Jahren. Doch ging die Politisierung über das Parteiensystem hinaus und stärkte auch die Gewerkschaften. Zudem entwickelten sich in Mitteleuropa, vor allem in der Bundesrepublik, seit Mitte der 70er Jahre alternative Bewegungen, bald als Neue Soziale Bewegungen

bezeichnet, die im lebensweltlichen Bereich ansetzten. Sie wandten sich gegen den Bau von Atomkraftwerken und Verkehrsprojekten, auch gegen die Totalsanierung ganzer Stadtviertel. Es entstanden die Ökologie- und Antiatomkraftbewegung, die Hausbesetzerszene, doch auch die Neue Frauenbewegung und die die anderen Bewegungen umfassende Friedensbewegung. Die Alternativbewegungen attackierten den vorherrschenden Politikbegriff, tendierten an ihren Rändern sogar zur Gewaltanwendung, doch à la longue wurden sie in das demokratische System integriert. Die 1980 auf Bundesebene gegründeten Grünen, die zunehmend die Alternativbewegung in den Parlamenten vertraten, spielten in diesem Prozess eine wesentliche Rolle: Aus einer „basisdemokratischen“ Bewegung, die sich als Anti-Partei verstand, wurde seit den 1980er Jahren verstärkt eine normale Partei.

Gewiss hatten diese Prozesse manche sehr deutsche Züge. Und doch gab es Parallelen, aber auch Unterschiede in anderen westeuropäischen Ländern. Bis in die 1970er Jahre existierten in Frankreich und Italien starke kommunistische Parteien, die sich mit Mühe vom sowjetischen Modell lösten. Und in Frankreich kam es im Mai 1968 zu Protesten und Streiks, bei denen Studenten und Arbeiter gemeinsam gegen de Gaulle standen. Eine nachhaltige Formveränderung der Politik wurde jedoch durch den Mai 1968 in Frankreich bewirkt (Kaelble 2011, S. 208 f.). Allerdings erlebten die westeuropäischen Gesellschaften generell einen Wertewandel, der vor allem einen neuen Individualismus zur Konsequenz hatte und nicht zuletzt – trotz oft linker Rhetorik – individuelle „Selbstverwirklichung“ forderte. Durch den Wertewandel nahm die politische Bindungsfähigkeit sozialer Milieus ab.

Regierten während der 1970er Jahre in den meisten westeuropäischen Ländern sozialdemokratische Parteien, die in wichtigen Ländern auch den Regierungschef stellten, doch selten auf Koalitionspartner verzichten konnten, so gewannen in den 1980er Jahren außer in Frankreich, wo die anfangs auf Sozialisten und Kommunisten gestützte Ära Mitterrand begann, verstärkt konservative Parteien – mit Margaret Thatcher in Großbritannien und Helmut Kohl in der Bundesrepublik an der Spitze – an Boden. Ökonomisch wurde gleichzeitig ein Neoliberalismus in verschiedenen Ländern, so in Großbritannien und in der Bundesrepublik (wie auch in den USA unter Reagan) vorherrschend. Dieser hatte das Ziel, staatliches Handeln in Wirtschaft und Gesellschaft zurückzudrängen, was dem bisherigen sozialdemokratischen Politikmodell widersprach. Privatisierung und Deregulierung wurden neue Leitbegriffe; eine Tendenz zum Marktradikalismus begann sich herauszubilden.

Bemerkenswerterweise verschwanden in den 1970er Jahren die letzten Rechtsdiktaturen in Europa. Zunächst das 1967 errichtete Obristenregime in Griechenland, dann das Salazarregime in Portugal und das Franco-Regime in Spanien. Das Salazarregime – Salazar war inzwischen verstorben, an seine Stelle war Marcelo Caetano getreten – wurde 1974 durch eine Bewegung in den Streitkräften („Nelkenrevolution“) gestürzt. Das Franco-Regime wurde nach dem Tod des Diktators und nach Wiedereinführung der Monarchie durch einen evolutionären Übergang zur Demokratie 1977 überwunden. Dass die Situation sowohl in Portugal als auch in Spanien stabilisiert und Demokratie durchgesetzt werden konnte – gegen kommunistische Parteien, deren Verhältnis zur westlichen Demokratie teilweise unklar blieb – daran hatte die deutsche Sozialdemokratie einen wesentlichen An-

teil, die eine führende Rolle unter den sozialdemokratischen Parteien Europas einzunehmen begann.

Mitte der 70er Jahre endete der lange konjunkturelle Wachstumszyklus, der in den 50er Jahren begonnen hatte. Danach kämpften die europäischen Industrienationen mit beachtlichen Arbeitslosenzahlen auf dem Hintergrund erheblicher struktureller Veränderungen, vor allem durch das Abwandern traditioneller Industrien in Billiglohnländer. Die Legitimation der westlichen Demokratien wurde dadurch nicht in Frage gestellt, wohl aber die der politisch-gesellschaftlichen Systeme der kommunistischen Welt, in denen angesichts der stagnierenden wirtschaftlichen Entwicklung in ihre finale Krise eintraten.

IX) Entspannungspolitik und Systemwandel

Die konfrontative Situation zwischen dem Westen und dem Osten in den 1950er und 1960er Jahren hatte sich auf die Systeme und Einzelstaaten des kommunistischen Lagers stabilisierend ausgewirkt. In den kommunistischen Ländern diente das Feindbild der Bundesrepublik Deutschland, die die Grenzen in Europa nicht anerkannte und damit eine Politik des Revanchismus zu vertreten schien, der Legitimation der sowjetkommunistischen Hegemonie in Osteuropa, insbesondere in Polen und in der ČSSR. Selbst die rigorose Ausschaltung von Kritik erhielt eine zusätzliche Begründung durch ihre Gleichsetzung mit dem äußeren Feind, insbesondere mit der Bundesrepublik und mit den USA.

Eine derartige ideologische Homogenisierung gab es in den westlichen Demokratien nicht, wohl aber Phasen, in denen verständliche Kommunismuskritik sich teilweise mit einem starren Antikommunismus verband, der mit gesellschaftlichen Interessen und antiintellektuellen Ressentiments amalgamiert war. Während in einigen Ländern wie Frankreich und Italien kommunistische Parteien wichtige Faktoren des Parteiensystems waren, wurde die in dieser Zeit bereits zur Splitterpartei geschrumpfte KPD (1956) in der Bundesrepublik Deutschland vom Bundesverfassungsgericht verboten. Mit der DKP wurde 1967 eine kommunistische Neugründung wieder zugelassen, der es freilich fast nirgendwo in Deutschland gelang, die 5 %-Sperrklausel zu überspringen und in den Bundestag oder die Länderparlamente der Bundesrepublik einzuziehen. Dennoch war hier wie in den anderen westlichen Staaten Systemkritik nicht nur möglich, sondern sie wurde zeitweilig vor allem im akademischen Diskurs ausgiebig gepflegt. Beim sogenannten Radikalenerlass 1972 ging es dann darum, Feinden der demokratischen Verfassung den Zugang in den öffentlichen Dienst zu verwehren, was gerade in dem Bemühen, dies in einer rechtsstaatlichen Weise durchzuführen, zu bürokratisierten Verfahren führte, die die demokratische Kultur belasteten. Der Erlass wurde bald modifiziert. Dennoch förderte er Propaganda gegen die Bundesrepublik und hat – insgesamt gesehen – der Demokratie wohl mehr geschadet als genutzt.

Von ungleich größerer Bedeutung als die konfrontative Politik war für die Erosion der kommunistischen Systeme in Europa die seit den 1960er Jahren sich entwickelnde Ost-West-Entspannungspolitik, bei der zunächst die Gaulle in Frankreich und dann auch die amerikanische Führung vorangingen, während sie in der Bundesrepublik von Adenauer und der CDU/CSU zu-

nächst mit Skepsis betrachtet wurde. Die Neue Ostpolitik Willy Brandts hatte dann aber nach 1969 entscheidenden Anteil an der Veränderung des Ost-West-Verhältnisses in Europa. Die seit den frühen 1960er Jahren entwickelte, schon 1963 von Egon Bahr auf die Formel „Wandel durch Annäherung“ gebrachte Politik versuchte, die großen Gegensätze im Ost-West-Verhältnis zunächst auszuklammern, doch überschaubare konkrete Fragen zu lösen, um Verständigungsprozesse in Gang zu bringen. Der Status quo, wie er sich seit dem Zweiten Weltkrieg herausgebildet hatte, sollte dabei anerkannt werden, um ihn auf die Dauer mit friedlichen Mitteln überwinden zu können. Nachhaltig betrieben wurde diese Politik seit 1969 mit den Ostverträgen, die die Regierung der sozial-liberalen Koalition mit Moskau, Warschau, Prag und Ost-Berlin abschloss. Die Ostpolitik versuchte zu konkreten Verbesserungen des Verhältnisses zwischen den beiden deutschen Staaten zu Gunsten der Menschen zu kommen, das Gegeneinander über ein Nebeneinander zu einem Miteinander zu verändern, die Probleme um Berlin zu entschärfen, durch Anerkennung der Grenzen zu einer Verständigung und Aussöhnung mit der Sowjetunion, mit Polen und den anderen osteuropäischen Ländern zu kommen, langfristig aber eine europäische Friedensordnung aufzubauen, in der der Ost-West-Gegensatz überwunden und eine Lösung für die deutsche Frage gefunden werden sollte.

Diese Politik fand sich keineswegs mit den Verhältnissen in den kommunistischen Ländern ab, sondern wollte Voraussetzungen für Veränderungsprozesse schaffen, indem sie Zusammenarbeit und Kommunikation förderte. DDR-Außenminister Otto Winzer betrachtete diese Politik schon früh als „Aggression auf Filzlätschen“. In der Tat enthielt die neue Politik ein verdeckt „subversives Element“. Schon bald nach dem Aushandeln der Ostver-

träge und dem – auf der Basis des Grundlagenvertrages beginnenden – Ausbau der Beziehungen suchte die DDR-Führung, durch eine Politik der Abgrenzung die Auswirkungen des veränderten Verhältnisses auf die Gesellschaft der DDR einzuschränken. Dennoch intensivierte sich die Kommunikation zwischen den beiden deutschen Staaten erheblich.

Im Mai 1978 warnte der sowjetische Außenminister Gromyko bei seinem Besuch in Ost-Berlin nachdrücklich vor einer „Vergiftung“ und Gefährdung der sozialistischen Ordnung in der DDR durch die starke Intensivierung der Beziehungen zwischen der DDR und der Bundesrepublik. Er wies dabei auf den wachsenden Strom von Besuchern aus der Bundesrepublik in der DDR (8 Millionen pro Jahr) und jährlich 35 Millionen Telefongespräche sowie 250 Millionen Briefe und 30 Millionen Päckchen zwischen den beiden Staaten hin. Gromyko sah Anzeichen für eine wachsende Feindschaft gegen den Sozialismus in der DDR. Die Entspannung drohe auf Kosten der Sowjetunion, der DDR und anderer sozialistischer Staaten zu gehen – in der Tat gelang es der SED-Führung trotz vielfältiger Bemühungen, zu denen auch der starke Ausbau der Staatssicherheit gehörte, auf dem Hintergrund wachsender Bedeutung der Medien und der stagnierenden Entwicklung des „realsozialistischen“ Systems nicht mehr, den Einfluss des Westens, insbesondere auch westlicher Alltagskultur, einzudämmen.

Der KSZE-Prozess, der auf eine Europäisierung der deutschen Ostpolitik hinauslief, führte nicht nur zur Vereinbarung vertrauensbildender Maßnahmen, sondern – im sogenannten Korb III der Schlussakte von Helsinki (1975) – zu einer gemeinsamen Verpflichtung der Staaten auf die Einhaltung der Menschenrechte, was als ideeller Sieg westlicher Ideen interpretiert

werden konnte. In der Folgezeit entstanden in verschiedenen Ländern Osteuropas teilweise vernetzte Helsinki-Gruppen, die sich auf die Vereinbarungen von Helsinki beriefen, um Menschen- und Bürgerrechte einzuklagen, was zunächst in der Regel scheiterte.

Ein Stück weit kam jedoch ein gesamteuropäischer Prozess in Gang. Willy Brandt hatte schon zuvor als Kanzler den (west-)europäischen Einigungsprozess mit Elan vorangetrieben, doch dabei Wert darauf gelegt, diesen nicht als gegen den Osten gerichtetes Projekt, sondern als einen Schritt zu einer gesamteuropäischen Staatengemeinschaft zu betrachten. Mitte der 1980er Jahre haben Brandt und andere Gorbatschows Begriff des „gemeinsamen Hauses Europa“ deshalb gerne aufgegriffen.

Zu dieser Tendenz passt, dass die Dissidenten und Oppositionsbewegungen im Osten Ende der 1980er Jahre ebenfalls „nach Europa“ zurückkehren wollten. Europa stand dabei für ein die nationalen Unterschiede zum Ausdruck bringendes selbstbestimmtes politisches, gesellschaftliches und kulturelles Leben, selbstverständlich aber auch für Wohlstand und Reisefreiheit, wie sie im Westen vorherrschten.

Zwar hat es in den frühen 80er Jahren noch einmal eine Eintrübung des Ost-West-Verhältnisses gegeben, durch die sowjetische Afrika-Politik, den Einmarsch der UdSSR nach Afghanistan und durch den NATO-Doppelbeschluss. Doch kehrte man, insbesondere in Mitteleuropa, wo sich die Bundesrepublik und die DDR partiell von den internationalen Trends abkoppelten, nicht zu Formen des Kalten Krieges nach dem Muster der 1950er Jahre zurück. Zwischen den beiden deutschen Staaten ging der Aus-

bau der Beziehungen, sogar 1982 nach dem Regierungswechsel in Bonn, mehr oder weniger kontinuierlich weiter, durch den die DDR immer stärker in eine ökonomische und finanzielle Abhängigkeit vom Westen geriet.

Mit dem Machtantritt Michail Gorbatschows 1985 begann sich das Verhältnis zwischen den Supermächten zu verändern, insbesondere kam es zu weitgehenden Abrüstungsabkommen zwischen der Sowjetunion und den USA. Es kann kein Zweifel bestehen, dass sich Ende der 1980er Jahre eine Konstellation herausgebildet hatte, die einerseits durch ein entspanntes internationales Klima, andererseits durch erhebliche Probleme in den östlichen politischen ökonomischen und gesellschaftlichen Systemen geprägt war, auf die reformkommunistische Bestrebungen und zunehmende Dissidenz und Oppositionsbildung auf jeweils eigene Weise reagierten.

X) Die Umwälzung 1989-91 als Ende der kommunistischen Systeme in Europa

Zweifellos ist die Umwälzung 1989-91 eine tiefgreifende Zäsur der europäischen Geschichte und der Weltgeschichte. Mit ihr verschwanden die kommunistischen Diktaturen. An ihre Stelle traten Systeme, die – bei allen Unzulänglichkeiten – sich als Demokratien und als Teil Europas begriffen haben. Keine Frage, dass man von einer dritten Welle von Demokratiegründungen in Europa sprechen kann (Huntington 1991).

Hier interessiert das Ende kommunistischer Diktaturen wie die Etablierung demokratischer Systeme. Es handelt sich – komprimiert formuliert – um einen zeitlich leicht versetzt in den verschiedenen Ländern in jeweils spezi-

fischer Weise ablaufenden, teilweise interdependenten, aufs Ganze gesehen multikausalen transnationalen Prozess. In ihm wirkten sich strukturelle Mängel der kommunistischen Systeme aus: technologisch-ökonomische Innovationschwäche, ökonomischer Niedergang und wachsende Legitimationsprobleme führten zu einer finalen Krise. Späte Versuche von Reformen und die starre Verteidigung des Bestehenden trugen ebenso zum Ende kommunistischer Herrschaft bei wie Oppositionsgruppen und Massenproteste. Das Mischungsverhältnis der Komponenten, insbesondere die Gewichtung des Handelns von Machteliten und Demokratiebewegungen, war in den verschiedenen Ländern unterschiedlich, auch die jeweilige situative Dynamik.

Es lassen sich verschiedene Typen der Umwälzung unterscheiden. Den ersten mag man mit einem Begriff von Timothy Garton Ash (1990) als „Refolution“ bezeichnen, als eine Umwälzung, die gleichsam auf dem Reformweg in einem monatelangen Prozess revolutionären Systemwandel erreichte. Diesem Typus lassen sich Polen und Ungarn 1989 zuordnen. Gleichwohl unterscheiden sich beide Fälle. In Ungarn gewannen die Reformer in der Partei- und Staatsführung die Oberhand und betrieben von sich aus den Systemwandel. Die oppositionellen Gruppierungen, die 1988 begannen, sich zu Parteien weiterzuentwickeln, haben die Öffnung des Systems nicht eigentlich bewirkt, sondern eher von ihr profitiert. Sie spielten dann aber eine Rolle bei der Mobilisierung der Bevölkerung. Anders ist die Reihenfolge in Polen: Hier dominierte die Fundamentalpolitisierung; angesichts der Verschlechterung der Lebensverhältnisse gab es Massenproteste gegen das Regime, die die reformerischen Kräfte in der kommunistischen Machtelite dadurch abzuschwächen suchten, dass sie auf die Opposition zugehen.

Dadurch wurde ein Prozess eingeleitet, in dem die Institution des Runden Tisches bedeutsam wurde, der einen friedlichen Übergang organisierte. Hier waren Druck der Bevölkerung und gemäßigte Teile der Opposition von entscheidender Bedeutung, in zweiter Linie die Reformer aus der bisherigen Machtelite.

Von dem Typus der „Refolution“ weicht der der „Friedlichen Revolution“ in der DDR und in der Tschechoslowakei ab. Hier wurde der Systemwandel in einem revolutionären Prozess gegen den Willen der bisherigen Machtelite von oppositionellen Gruppen und demonstrierenden Massen durchgesetzt. In beiden Ländern haben die bisherigen Machteliten das System starr verteidigt; Reformer spielten in den überalterten Führungsgruppen keine Rolle. In der ČSSR existierte seit den 1970er Jahren wieder eine oppositionelle Gruppierung (Charta 77), auch in der DDR hatte sich ein oppositionelles Netzwerk herausgebildet, das die Bildung von politischen Gruppen förderte, die im Herbst 1989 an die Öffentlichkeit traten und eine wesentliche Rolle im Politisierungsprozess spielten. In beiden Staaten war dann das Massenhandeln – Montagsdemonstrationen und Ausreisebewegung in der DDR, Massenproteste in Tschechien – entscheidend. Die Opposition war in beiden Fällen so weit entwickelt, dass sie so etwas wie eine demokratische Gegenelite bildete, die das Massenhandeln auf politische Ziele orientierte. Der Runde Tisch spielte hier nur als Institution eine Rolle, die den Übergang abfederte.

Die DDR war insofern ein Sonderfall, als die Vorgänge beschleunigten Wandels im zweiten deutschen Staat erhebliche Resonanz in den Medien der Bundesrepublik fanden und dadurch verstärkt wurden. Die friedliche Revo-

lution mündete dann im Einigungsprozess, der wesentlich durch Massenhandeln in der DDR initiiert, von den Regierungen, Parlamenten und Parteien aufgegriffen und gestaltet wurde, wobei die Führungsgruppen der Bundesrepublik bald dominierten. Ohne die vorhergehende friedliche Revolution wäre jedoch die deutsche Vereinigung 1990 unmöglich gewesen.

Ein dritter Typus des Systemwechsels war stärker durch Auseinandersetzungen in der bisherigen Machtelite gekennzeichnet, während oppositionelle Gruppen und Massenhandeln hier nur eine geringe Rolle spielten. Repräsentiert wird dieser Typus durch Bulgarien, Rumänien, bedingt auch durch die Sowjetunion. In Bulgarien fand so etwas wie eine „Palastrevolution“ statt, in Rumänien putschte ein Teil der bisherigen Machtelite gegen Ceaușescu und seine Familie. Den neuen Machtgruppen, die Teile der bisherigen Elite waren, ging es letztlich vor allem darum, an der Macht zu bleiben, wozu eine Anpassung an die Trends der Zeit gehörte. Oppositionelle Gruppen und Parteien entstanden meist erst danach.

Die Entwicklung in der Sowjetunion war zunächst durch die Reformpolitik Gorbatschows geprägt, die Demokratisierungsschritte einleitete und teilweise auf den Widerstand konservativer Kräfte im Apparat stieß. Resonanz fand diese Politik in den großen Städten; demokratisch orientierte Dissidenten spielten zwar eine öffentliche Rolle, konnten den Prozess jedoch nicht dauerhaft prägen, obgleich es zur Neubildung von Parteien kam, die symptomatisch für den Systemwandel waren. Die zunehmende Politisierung ließ auch nationalistische Strömungen entstehen, die ebenso gegen Gorbatschow eingestellt waren wie Teile der bisherigen Funktionseliten (Alt-richter 2009). Schließlich erwiesen sich die Gegensätze von Regionen und

Nationalitäten als Sprengsatz, der zur Abspaltung von verschiedenen Ländern führte, bei der die baltischen Länder vorangingen. Auch die inzwischen eingeführte Präsidialverfassung konnte diesen Prozess nicht aufhalten.

Während sich das bisherige Machtzentrum der Sowjetunion auflöste, konstituierte sich die russische Föderation neu. Die Sowjetunion und mit ihr die kommunistischen Diktaturen verschwanden von der Landkarte. Eine wirkliche politische Transformation im Sinne des Aufbaus demokratischer Systeme gelang jedoch in der früheren Sowjetunion nur teilweise. Recht dubios verlief die Aneignung der Unternehmen und Betriebe durch einen Teil der bisherigen Machtelite. Es mangelte ebenso an einem gewachsenen Unternehmertum wie an handlungsfähigen Gewerkschaften.

Dennoch kann das Ende der Diktaturen im Osten als „dritte Welle“ der Demokratiegründung bezeichnet werden – die erste war die nach dem Ersten Weltkrieg, die zweite wurde gebildet durch die Demokratiegründungen bzw. -wiedergründungen nach dem Zweiten Weltkrieg und jetzt die dritte durch die Umwälzung 1989/90. Andreas Wirsching hat die pointierte These vertreten: „Wie nie zuvor in der Geschichte [...] war die europäische Identität nach 1989 eine demokratische Identität, neben der weder diktatorische noch autoritäre, weder nationalistische noch utopistische Alternativen eine echte Chance hatten“ (Wirsching 2012, S. 87). Damit aber kam auch das „kurze“ 20. Jahrhundert, das wesentlich durch den Kampf von Demokratie und Diktatur bestimmt war, an sein Ende.

Zugleich entstand bzw. wiederentstand eine ganze Reihe von Staaten, deren Territorien zur bisherigen Sowjetunion gehört hatten. Auch trennten

sich Tschechien und die Slowakei. Dies schien auf eine Auflösung größerer Einheiten hinzudeuten. Doch verschwand 1990 die DDR, die der Bundesrepublik beitrug, wodurch die europäische Mitte, die durch die Spaltung Europas aufgelöst worden war, wiederhergestellt wurde. Europa als Ganzes musste neu gedacht werden. Willy Brandts Dictum „Jetzt wächst zusammen, was zusammengehört“ galt nicht nur für Deutschland, sondern auch für Europa und bezeichnete eine große politische Aufgabe.

XI) Kein Ende der Geschichte

Nach dem Ende der kommunistischen Diktaturen glaubte der Amerikaner Francis Fukuyama (1992) das Ende der Geschichte konstatieren zu können. Als Hegelianer sah er mit dem Sieg des demokratischen Systems den weltgeschichtlichen Prozess an sein Ziel gekommen, eine politisch-kulturelle Höherentwicklung war demnach unmöglich. Inwieweit eine Weiterentwicklung möglich war, blieb jedoch abzuwarten. In Europa war das Zeitalter der Diktaturen und der Extreme offensichtlich vorbei, doch ob man dies auch im Weltmaßstab in gleicher Weise sagen konnte, war zurückhaltender zu beantworten. Nur eine Minderheit der Staaten sind in der Gegenwart in unserem Sinne Demokratien.

Zudem ist festzustellen, dass sich Europa nach 1989 keineswegs allerorten friedlich entwickelte. Die Herausbildung von Nationalbewusstsein und die (Re-)Konstruktion nationaler Identitäten mag man als Kehrseite der Demokratisierung und der Realisierung des Selbstbestimmungsrechtes an Stelle imperialer Unterordnung interpretieren. Doch erinnerte die Renationalisierung in Ost- und Südosteuropa an die Auseinandersetzungen der Zwischen-

kriegszeit. Eine Theorie besagt, dass die nationalen Gegensätze im Zeitalter des Ost-West-Gegensatzes nur überformt, in gewisser Weise eingefroren waren und jetzt wieder aufbrachen bzw. auftauten (Margarete Mommsen 1992).

Der Zerfall Jugoslawiens führte zum Bürgerkrieg, zu Verfolgungen von Minderheiten und zu „ethnischen Säuberungen“, wie wir sie aus der Zeit der Weltkriege kennen. Sie bewiesen die Sprengkraft des Nationalismus, dem erst spät durch Eingreifen von NATO und UNO Einhalt geboten wurde. Die Auflösung Jugoslawiens in Einzelstaaten, die jeweils durch eine Nationalität bestimmt wurden, ist das Ergebnis der blutigen Auseinandersetzungen.

Zugleich aber erfuhr Europa nach und durch die Umwälzung – und dies ist die Hauptlinie der Entwicklung – einen neuen Entwicklungsschub. Dabei ging es um Ausbau und Vollendung des Binnenmarktes und um die Erweiterung der Europäischen Union. Stimuliert wurde der Integrationsprozess durch das insbesondere von Frankreich energisch verfochtene Ziel der Einbindung des vereinigten Deutschland in die Europäische Gemeinschaft, was u. a. die Einführung einer gemeinsamen Währung und die Weiterentwicklung der Institutionen beschleunigte. Man einigte sich auf ein kompliziertes System von Mehrheitsentscheidungen im Europäischen Rat und stärkte auch die Rechte des seit 1979 direkt gewählten Parlaments, dem gleichwohl nach wie vor wichtige Merkmale eines Parlaments auf der nationalen Ebene fehlen. Europa wurde – wie das Bundesverfassungsgericht formuliert hat – zu einem „Staatenverbund“.

Praktisch gleichzeitig stellte sich die fast noch größere Aufgabe der Erweiterung der Europäischen Union. Schon 1995 traten Schweden, Finnland und Österreich der EU bei. Der Beitritt der osteuropäischen Länder aber warf zahlreiche gewichtige politische, ökonomische und gesellschaftliche Probleme auf. Ein längerer Prozess war nötig, um im Westen die Bereitschaft zur Aufnahme neuer Mitglieder und in den Ländern im Osten Voraussetzungen für den Beitritt zur Europäischen Union zu schaffen, wozu auch demokratische und rechtsstaatliche Standards gehörten. 2004 wurden Ungarn, Polen, Estland, Tschechien, Slowenien, Lettland, Litauen, die Slowakei sowie Zypern und Malta Mitglieder der Europäischen Union, 2007 kamen auch noch Bulgarien und Rumänien hinzu. Inzwischen ist nicht nur Kroatien Mitglied der EU geworden, sondern auch Serbien Beitrittskandidat, das heißt: Selbst die im jugoslawischen Bürgerkrieg entstandenen Staaten sind dabei, Mitglieder der Europäischen Gemeinschaft zu werden, was den Pazifizierungsprozess weiter fördern kann. Die Europäische Union, die demokratische Verfassungen zur Bedingung für die Aufnahme macht, übt – trotz der Finanzkrise der südeuropäischen Länder – offensichtlich nach wie vor eine beachtliche Anziehungskraft aus, wie die Beispiele Ukraine und Türkei zeigen. Allerdings sind in jüngster Zeit in verschiedenen Ländern rechtspopulistische Bewegungen erkennbar, die den weiteren europäischen Integrationsprozess in Frage zu stellen versuchen.

Zur Nachgeschichte der Umwälzung 1989-91 gehörte für die osteuropäischen Länder ein ausgesprochen schwieriger Transformationsprozess, der beeinflusst vom neoliberalen Zeitgeist häufig mit einer gewissen Radikalität vorangetrieben wurde und nach der in manchen Ländern anfänglichen Euphorie zu vielfältigen Zumutungen und Enttäuschungen geführt hat. Ar-

beitslosigkeit und andere soziale Probleme tauchten auf. Zugleich war für nicht wenige Menschen auch die Freiheit eine schockierende Erfahrung. Dennoch gab es keine wirkliche Tendenz, zu den früheren Verhältnissen zurückzukehren, im Gegenteil: Die Menschen richteten sich immer mehr in den veränderten Verhältnissen ein.

Selbst in Deutschland, wo das Potential der Bundesrepublik zur Verfügung stand, war die Transformation der bisherigen ökonomisch-gesellschaftlich-kulturellen Strukturen der DDR für zahlreiche Menschen ein schmerzhafter Prozess, der zwar phasenweise nostalgische Gefühle bei einem Teil der Bevölkerung stimulierte, doch keineswegs einen Trend zur Wiederherstellung früherer Verhältnisse zur Folge hatte. Selbst die zur PDS transformierte SED, die sich 2005 bzw. 2007 mit der westdeutschen WASG zur Linkspartei zusammenschloss, hat mehrheitlich während der 90er Jahre begonnen, sich auf die Verfassungsordnung der Bundesrepublik, die nach der Vereinigung kaum verändert worden war, einzulassen. Das Parteiensystem der Bundesrepublik wurde auf diese Weise insofern modifiziert, als die PDS bzw. Linkspartei in der Regel als Fraktion im Bundestag vertreten war.

Bezogen auf die osteuropäischen Länder ist zu konstatieren, dass es hier – trotz mancher Schwierigkeiten – seit 1990 zur Ausarbeitung und Verabschiedung demokratischer Verfassungen kam. Praktisch gaben sich alle postkommunistischen Länder – am Ende auch die Nachfolgestaaten Jugoslawiens – Verfassungen, die an den Vorbildern westlicher Verfassungen orientiert sind, so dass man heute von einer „gemeineuropäischen demokratischen Verfassungskultur“ (Wirsching) sprechen mag. So enthalten alle Verfassungen mehr oder weniger umfangreiche Grundrechtskataloge und

betonen die Unantastbarkeit der Menschenwürde, neben Gewaltenteilung, parlamentarischer Regierungsweise und Rechtsstaatlichkeit.

Allerdings waren demokratische Verfassungen und Institutionen offenbar leichter zu schaffen als tragfähige Parteiensysteme, in denen die Parteien mehr sind als Organisationen zur Erreichung von Parlamentssitzen bei den nächsten Wahlen. Funktionierende Parteiensysteme setzen ein Minimum von Kontinuität und die Mitwirkung von aktiven Bürgerinnen und Bürgern voraus. Schwierig ist jedenfalls mancherorts die Herausbildung einer demokratischen politischen Kultur und einer Zivilgesellschaft. Damit tun sich die postkommunistischen Staaten und ihre Gesellschaften bis in die Gegenwart teilweise noch schwer, insbesondere die, die keine demokratischen Traditionen aufweisen.

Die Jahre kommunistischer Herrschaft haben vielfach ältere Traditionen aufgelöst, was meist politisch gewollt war. Dennoch hat man mancherorts in Ostmitteleuropa – in den baltischen Ländern, Polen, in der Tschechoslowakei und in Ungarn – versucht, an frühere Phasen der Geschichte anzuknüpfen. In Lettland beispielsweise wollte man 1991 die neue Ordnung als Wiederkehr der 1918 gegründeten ersten Republik sehen. Auf demokratische Traditionen konnte man sich meist nicht wirklich berufen. Für die meisten Länder ist das Erbe der Geschichte ein Problem, man versucht nationale Geschichtsbilder zu konstruieren, was man als Teil der nachgeholtten Nationsbildung interpretieren mag. Dies gilt insbesondere für die GUS-Staaten Russland, Ukraine und Belarus, wo die kommunistische Herrschaft nicht 40, sondern 70 Jahre lang gedauert und damit die Lebensform von Generationen geprägt hat. Hier waren der Übergang zur Demokratie und

die demokratische Realität besonders schwierig und widersprüchlich. In den genannten Ländern entstanden semi-präsidentielle Systeme mit einer mehr oder weniger autoritären Tendenz. Das Weißrussland Lukaschenkos wird man sogar als letzte Diktatur in Europa bezeichnen können. Allerdings machen sich gegenwärtig mancherorts - etwa in Ungarn - bedenkliche autoritäre Tendenzen bemerkbar, von denen sich noch nicht sagen lässt, ob sie transitorischer Art sind.

Auch für die westlichen Demokratien sind mit dem Ende des Ost-West-Gegensatzes keineswegs alle Probleme gelöst. Die Entstehung transnationaler ökonomischer Prozesse und Akteure – alles das, was man unter dem Begriff Globalisierung zusammenfasst – macht den nationalstaatlich strukturierten Demokratien erheblich zu schaffen. Zugleich ist es schwierig, die auf nationalstaatlicher Ebene entwickelten demokratischen Strukturen auf die europäische oder eine andere transnationale Ebene zu übertragen.

Demokratie gilt in den westlichen Ländern als die universale Herrschaftsform für alle Völker der Gegenwart. Doch inwieweit steht – so ist zu fragen – der Begriff für unterschiedliche Konzepte? In Europa gibt es manche Unterschiede und doch kann man von einem europäischen Demokratiemodell sprechen, das sich von dem amerikanischen durch die deutlich stärker ausgeprägte Sozialstaatlichkeit unterscheidet. Zu fragen ist jedenfalls nach Entwicklungstendenzen auch außerhalb Europas, selbst wenn diese – wie in der arabischen Welt – nach anfänglichen Hoffnungen enttäuschen.

Die Demokratiegeschichte zeigt, dass Demokratie ein Stück weit „pfadabhängig“, gleichwohl dem historischen Wandel unterworfen und deshalb zur

Zukunft hin offen ist. Gewiss sind auch Regressionen nicht völlig ausgeschlossen. Doch dass die Diktaturen, die das Geschehen im 20. Jahrhundert in erheblichem Maße geprägt haben, heute definitiv überwunden sind, ist zweifellos als historischer Fortschritt zu begreifen.

Ein Fortschritt ist auch die Entstehung und Entwicklung der heutigen europäischen Strukturen, ungeachtet aller gegenwärtigen Probleme. Allerdings haben sich in jüngster Zeit in verschiedenen Ländern, wie die Europawahl 2014 zeigt, europakritische Bewegungen entwickelt. Unbestreitbar positiv nimmt sich gleichwohl dieses Europa aus, wenn man es mit dem durch furchtbare Kriege charakterisierten Europa der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts vergleicht. Das Europa der Gegenwart ist jedoch kein Endpunkt. Es ist vielmehr in verschiedenen Hinsichten, etwa in der institutionellen Kompetenzverteilung, weiterzuentwickeln und mit ihr die europäische Demokratie, die angesichts ungleicher ökonomisch-gesellschaftlicher Entwicklungstendenzen vor schwierigen Aufgaben steht. Demokratie gilt es immer wieder neu zu realisieren.

Literaturhinweise

- Altrichter, Helmut: Kleine Geschichte der Sowjetunion 1917-1991, 4. Aufl. München 1993.
- Altrichter, Helmut: Russland 1989. Der Untergang des sowjetischen Imperiums, München 2009.
- Apelt, Andreas/Grünbaum, Robert/Togay, János Can (Hg.): Die ostmitteleuropäischen Freiheitsbewegungen 1953-1989, Berlin 2014.
- Baberowski, Jörg: Roter Terror, München 2008.
- Baberowski, Jörg: Verbrannte Erde. Stalins Herrschaft der Gewalt, München 2012.
- Bauerkämper, Arnd: Der Faschismus in Europa 1918-1945, Stuttgart 2006.
- Bender, Peter: Das Ende des ideologischen Zeitalters, Berlin 1981.
- Benz, Wolfgang: Geschichte des Dritten Reiches, München 2000.
- Beyrau, Dietrich: Schlachtfeld der Diktaturen. Osteuropa im Schatten von Hitler und Stalin, Göttingen 2000.
- Bispinck, Henrik u. a. (Hg.): Aufstände im Ostblock. Zur Krisengeschichte des realen Sozialismus, Berlin 2004.
- Bonwetsch, Bernd/Grieger, Manfred (Hg.): Was früher hinterm Eisernen Vorhang lag, Dortmund 1991.
- Bracher, Karl Dietrich: Zeit der Ideologien. Eine Geschichte politischen Denkens im 20. Jahrhundert, Stuttgart 1982.
- Broszat, Martin: Die Machtergreifung. Der Aufstieg der NSDAP und die Zerstörung der Weimarer Republik, München 1984.
- Clark, Christopher: Die Schlafwandler. Wie Europa in den Ersten Weltkrieg zog, München 2013.
- Cornelißen, Christoph: Vom Schreiben einer Geschichte Europas im 20. Jahrhundert. Perspektiven und Herausforderungen, in: ZeitRäume 2012/2013, S. 65-86.
- Courtois, Stéphane/Werth, Nicolas u.a.: Das Schwarzbuch des Kommunismus. Unterdrückung, Verbrechen und Terror, München/Zürich 1997.
- Dalos, György: Der Vorhang geht auf. Das Ende der Diktaturen in Osteuropa, München 2009.
- Dehio, Ludwig: Gleichgewicht und Hegemonie. Betrachtungen über ein Grundproblem der neueren Staatengeschichte, Krefeld 1949.
- Dülfer, Jost: Europa im Ost-West-Konflikt 1945-1990, München 2004.
- Doering-Manteuffel, Anselm: Wie westlich sind die Deutschen? Amerikanisierung und Westernisierung im 20. Jahrhundert, Göttingen 1999.
- Faulenbach, Bernd: Diktaturenvergleiche, in: Heidi Behrens/Paul Cuijke/Norbert Reichling (Hg.): Lernfeld DDR-Geschichte. Ein Handbuch für die politische Jugend- und Erwachsenenbildung, Schwalbach/Ts 2009, S. 151-160.
- Faulenbach, Bernd: Das sozialdemokratische Jahrzehnt. Von der Reformeuphorie zur Neuen Unübersichtlichkeit, Bonn 2011.
- Fraenkel, Ernst: Deutschland und die westlichen Demokratien, Stuttgart 1964.
- Frei, Norbert: Der Führerstaat. Nationalsozialistische Herrschaft, München 2007.
- Friedländer, Saul: Das Dritte reich und die Juden. Die Jahre der Verfolgung 1933-1939, München 1998.
- Fukuyama, Francis: Das Ende der Geschichte. Wo stehen wir?, München 1992.
- Furet, François: Das Ende der Illusion. Der Kommunismus im 20. Jahrhundert, München/Zürich 1995.
- Garton Ash, Timothy: Ein Jahrhundert wird abgewählt. Aus den Zentren Mitteleuropas 1980-1990, München/Wien 1990.
- Garton Ash, Timothy: Im Namen Europas. Deutschland und der geteilte Kontinent, München/Wien 1993.
- Gilcher-Holtey, Ingrid: Die 68er Bewegung. Deutschland – Westeuropa – USA, München 2001.
- Görtemaker, Manfred: Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, München 1999.
- Goschler, Constantin/Graf, Rüdiger: Europäische Zeitgeschichte seit 1945, Berlin 2010.
- Großbölting, Thomas/Hofmann, Dirk (Hg.): Vergangenheit in der Gegenwart. Vom Umgang mit Diktaturerfahrungen in Ost- und Westeuropa, Göttingen 2008.
- Jaraus, Konrad/Siegrist, Hannes (Hg.): Amerikanisierung und Sowjetisierung in Deutschland 1945-1970, Frankfurt/M./New York 1997.
- Herbert, Ulrich: Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert, München 2014.
- Hobsbawm, Eric J.: Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts, München/Wien 1995.
- Huntington, Samuel: The Third Democratization in the Late Twentieth Century, Norman/Oklahoma 1991.
- Judt, Tony: Geschichte Europas von 1945 bis zur Gegenwart, München 2005.
- Judt, Tony/Snyder, Timothy: Nachdenken über das 20. Jahrhundert, München 2012.
- Kaelble, Hartmut: Wege zur Demokratie. Von der Französischen Revolution zur Europäischen Union, München 2001.
- Kaelble, Hartmut: Kalter Krieg und Wohlfahrtsstaat. Europa 1945-1989, München 2011.

- Kennan, George: Bismarcks europäisches System in der Auflösung. Die französisch-russische Annäherung 1875-1919, Frankfurt a.M. u.a. 1981.
- Kershaw, Ian: „Volksgemeinschaft“ - Potenzial und Grenzen eines neuen Forschungskonzeptes, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 59, 2011, S. 1-17.
- Kershaw, Ian/Lewin, Moshe (Ed.): Stalinism and Nazism. Dictatorships in Comparison, Cambridge 1997.
- Koenen, Gerd: Utopie der Säuberung. Was war der Kommunismus?, Frankfurt a. M. 2000.
- Mazower, Mark: Der dunkle Kontinent. Europa im 20. Jahrhundert, Berlin 2000.
- Mommsen, Hans: Zur Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert. Demokratie, Diktatur, Widerstand, München 2010.
- Mommsen, Hans: Das NS-Regime und die Auslöschung des Judentums in Europa, Göttingen 2014.
- Mommsen, Margarete: Nationalismus in Osteuropa. Gefährliche Wege in die Demokratie, München 1992.
- Münkler, Herfried: Der Große Krieg. Die Welt 1914 bis 1918, Berlin 2013.
- Nolte, Ernst: Der Faschismus in seiner Epoche. Action française – Italienischer Faschismus – Nationalsozialismus, 6. Aufl., München 1984.
- Nolte, Ernst: Die faschistischen Bewegungen. Die Krise des liberalen Systems und die Entwicklung der Faschismen, 5. Aufl., München 1975.
- Nolte, Paul: Was ist Demokratie? Geschichte und Gegenwart, München 2012.
- Osterhammel, Jürgen: Die Verwandlung der Welt. Eine Geschichte des 19. Jahrhunderts, München 1913.
- Pollack, Detlef/Wielgohs, Jan (Hg.): Akteure oder Profiteure? Die demokratische Opposition in den ostmitteleuropäischen Systemumbrüchen 1989, Wiesbaden 2010.
- Puttkamer, Joachim von: Ostmitteleuropa im 19. und 20. Jahrhundert, München 2010.
- Raphael, Lutz: Imperiale Gewalt und mobilisierte Nation. Europa 1914-1945, München 2011.
- Reichel, Peter: Der schöne Schein des Dritten Reiches. Faszination und Gewalt des Faschismus, München/Wien 1991.
- Schlögel, Karl: Terror und Traum. Moskau 1937, München 2008.
- Schmiechen-Ackermann, Detlef: Diktaturen im Vergleich, Darmstadt 2002.
- Schöllgen, Gregor: Geschichte der Weltpolitik von Hitler bis Gorbatschow 1941-1991, München 1996.
- Snyder, Timothy: Bloodlands. Europa zwischen Hitler und Stalin, München 2011.
- Thamer, Hans-Ulrich: Verfolgung und Gewalt. Deutschland 1933-1945, Berlin.
- Winkler, Heinrich August: Der lange Weg nach Westen, 2 Bde., München 2000.
- Winkler, Heinrich August: Geschichte des Westens. Die Zeit der Weltkriege 1914-1945, München 2011.
- Wirsching, Andreas: Der Preis der Freiheit. Geschichte Europas in unserer Zeit, München 2012.